



SOZIALISMUS

in rot-weiß-rot

Kurzfassung des Programms der KPÖ Steiermark

Einleitung

Die Preise steigen, während die Löhne und Gehälter stagnieren und die Pensionen sinken. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Wer Arbeit hat, lebt immer öfter in der Angst, sie zu verlieren. Immer mehr Menschen leben – selbst wenn sie Arbeit haben – unter der Armutsgrenze.

Gleichzeitig nimmt der Reichtum Weniger rapide zu. Milliarden und Abermilliarden werden aufgewendet, um marode Banken und den kränkelnden Euro am Leben zu erhalten.

Dieses System, der Kapitalismus, hat und bietet keine Zukunft. Die KPÖ Steiermark analysiert die Welt in der wir leben, zeigt Alternativen auf und skizziert den Weg in eine Gesellschaft, in der der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit – eine Gesellschaft, die wir Sozialismus nennen.

In der Präambel des Programms der KPÖ Steiermark steht:

Nur der Sozialismus durchbricht den Kreislauf von Ausbeutung, Krise und Krieg. Als einzige österreichische Partei hat die KPÖ das Ziel auf ihre Fahnen geschrieben, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx). Die KPÖ setzt sich konsequent dafür ein, dass alle Menschen ihr Leben ohne Ausbeutung, ohne Hunger und Krieg, im Wohlstand lebend gestalten können.

Die vorliegende Broschüre fasst die wesentlichen Punkte des Programms zusammen und hofft, Antworten auf die oft gestellte Frage „Was will die KPÖ?“ geben zu können.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine aufschlussreiche und anregende Lektüre, die Interesse weckt, sich mit unserem Programm genauer zu beschäftigen.

Werner Murgg und Hanno Wisiak
(Programmkommission)

Die Welt, in der wir leben. Imperialismus heute

Die tiefe Krise, in die der Kapitalismus 2008 geraten ist und die er nicht bewältigen kann, hat Ursachen. Diese Ursachen liegen im Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst begründet. Der eigentliche Ausgangspunkt der momentanen Erschütterungen reicht bis zur Wirtschaftskrise in den 1970ern zurück.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Nazi-Faschismus war Österreich vom Krieg zerstört. Die Bevölkerung war für die Verstaatlichung der Banken und der Schwerindustrie, die die Hauptprofiteure des Hitlerfaschismus waren. Auch das Kapital trat für Verstaatlichung ein, weil ihm die Mittel für den Wiederaufbau fehlten.

In den 1950er Jahren setzte schließlich ein massiver wirtschaftlicher Aufschwung ein. Die Unternehmer waren auch in den kapitalistischen Ländern West- und Mitteleuropas gezwungen, den arbeitenden Menschen Zugeständnisse zu machen. Der Sozialstaat wurde auf- und ausgebaut, Löhne und Gehälter stiegen. So konnten die Menschen sich die von ihnen produzierten Güter leisten. Deshalb stellen wir fest:

Mittels Fließbandproduktion und unter intensivem Einsatz von Arbeitskraft und Maschinen wurden Massengüter hergestellt, die dank relativ hoher Löhne in ihren Produzenten zugleich ihre Konsumenten fanden. Massenkonsum und Massenproduktion waren eingebettet in einen starken, regulierten Sozialstaat. Es war eine Prosperitätsphase, geprägt von der wachsenden Stärke der Gewerkschaften, die unter dem Vorzeichen von „Vollbeschäftigung“ und mit dem Rückenwind der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Ländern wichtige Verbesserungen von Lebens- und Arbeitsverhältnissen durchsetzen konnten. (S. 7 im Landesprogramm der KPÖ Steiermark)

Diese Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs fand ihren politischen Ausdruck in der sogenannten „Sozialpartnerschaft“. Vertreter der Unternehmer und der Arbeiterschaft erzielten Kompromisse, die zwar die Lage der Bevölkerung verbesserten, aber den Löwenanteil der Profite niemals antasteten.

Für einen kurzen Moment schien es, als ob ein stabiler und belastungsfähiger Interessensausgleich zwischen Arbeiterklasse und Kapital möglich geworden wäre. (S. 8)

Die wirtschafts- und sozialpolitische Theorie, die in diesen Jahren des Aufschwungs angewendet wurde, wird als „Keynesianismus“ (nach dem Ökonomen John Maynard Keynes) bezeichnet. Ihr liegt die Idee zugrunde, dass Krisen durch einen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit verhindert werden könnten. Diese Annahme stellte sich aber spätestens in der Wirtschaftskrise in den 1970ern als falsch heraus.

Die Fortschritte in Wissenschaft und Technik machten es möglich, dass immer mehr Güter mit immer weniger Arbeitsaufwand hergestellt werden konnten. Weil im Kapitalismus aber nicht der Mensch, sondern der Profit das Maß aller Dinge

ist, wurde nicht die Arbeitszeit verkürzt, sondern immer mehr Menschen auf die Straße gesetzt. Neue Industriezweige, wie etwa die Mikroelektronik, schufen weit weniger Arbeitsplätze, als die Anwendung neuer Technologien vernichtete:

Zusammengefasst: Eine Erhöhung der Profite bei gleichzeitig steigenden Masseneinkommen war nicht mehr zu gewährleisten. (S. 9)

Durch diese Krise wurde der Keynesianismus als wirtschaftspolitisches Modell schließlich verworfen. Damit die Profite weiter fließen konnten, bedienten sich die Herrschenden nun eines anderen Konzepts. Es wird mit dem Begriff „Neoliberalismus“ umschrieben. Der Neoliberalismus beruht im Wesentlichen auf folgenden Säulen: Spekulation, Druck auf Löhne und Gehälter, Privatisierung und Abbau staatlicher Leistungen. Begleitet wurden diese Maßnahmen mit einer massiven Propaganda-Kampagne: Den Menschen sollte weisgemacht werden, dass „zu viel Sozialstaat“ oder „zu hohe Lohnnebenkosten“ der Wirtschaft schaden würden. „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut“ und „Weniger Staat, mehr privat“ waren die Parolen. Der Staat verlor dabei keineswegs an Bedeutung, er änderte lediglich seine Zielrichtung: Er sollte ausschließlich dem Kapital dienen. Es ging um einen generellen Angriff auf die Rechte der Arbeitenden und Besitzlosen, ja man kann sagen, um eine Konterrevolution gegen den Wohlfahrtsstaat. Die fast weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus wird mit dem Begriff „Globalisierung“ umschrieben.

Globalisierung

In der Pinochet-Diktatur in Chile bzw. kurze Zeit später in England unter Premierministerin Margaret Thatcher und in den USA unter Präsident Ronald Reagan wurde dieses Programm erstmals mit voller Härte durchgezogen. Die entscheidende Machtkonzentration verschob sich national und international zu den weltweit führenden Konzernen und Banken. Deren Interessen werden von den imperialistischen Hauptmächten – USA und EU – zunehmend aggressiv durchgesetzt. Beispiele wie Irak, Jugoslawien oder Libyen verdeutlichen die niedrige Hemmschwelle für den Einsatz militärischer Gewalt der Supermächte zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen und politischen Ziele. Solche Angriffskriege werden medial als humanitäre Interventionen aufbereitet, um damit potentiellen Widerstand dagegen zu schwächen. In Wahrheit geht es den Supermächten um Rohstoffe, Einflussphären und das gewinnen von neuen Märkten.

Spekulation ist lediglich die Spitze des Eisberges

Die Steuergeschenke an die Reichen und die sinkenden Reallöhne hatten seit Mitte der 1970er Jahre zur Folge, dass die Nachfrage nach all den produzierten Waren zurückging. Damit war es für das Kapital nicht mehr profitabel genug, in die Produktion von Gütern zu investieren. Deshalb wurde ein weltweites Finanzkasino aufgebaut.

Da die technischen Möglichkeiten der Produktion schneller zunehmen, als sich die Profite realisieren, sind Unternehmen gezwungen, sich Anlagefelder außerhalb der so genannten „Realwirtschaft“ zu suchen, sobald diese mehr Profit versprechen. Dieser Logik müssen sich die einzelnen Kapitalisten – ob sie wollen oder nicht – unterwerfen, um bestehen zu können. (S.12)

Es verfestigte sich eine internationale „Arbeitsteilung“. Die klassischen Exportstaaten Deutschland, Japan, China, Indien, aber auch Österreich (...) wurden immer mehr zu den „Produzenten der Welt“, während viele andere Staaten diesen Produktionsüberschuss konsumierten. So finanzierten diese Exportstaaten auch den Konsum der Importstaaten mit Krediten. Im Zentrum dieses Systems befinden sich die USA. Dieses Land lebt schon seit Jahrzehnten von der Verschuldung im Ausland. (S. 13)

Der Grund für die derzeitige Krise ist nicht die Spekulation oder die „Gier“ einiger „gewissenloser“ Banker. Die Spekulation hat deren Ausbruch sogar noch hinausgezögert.

Dieses Bild von „guten“ und „bösen“ Menschen unterstellt nämlich, man wäre eigentlich ganz zufrieden mit dem Kapitalismus und meine nur, dass ein paar Banker zu profitgierig und charakterschwach sind. Doch das Problem des Kapitalismus ist nicht die Charakterschwäche von Menschen. Die Gier entspringt nicht persönlichem Fehlverhalten, sondern ist tief in den gesellschaftlichen Verhältnissen verankert. Würde ein Banker tatsächlich verkünden, ihm würden zehn Prozent Eigenkapitalrendite reichen – die Banktürme der Konkurrenz hätten sich gebogen vor Lachen und die Aktionäre hätten ihn vom Chefsessel gefegt. (S. 14)

Die Spekulation ist nur die Spitze des Eisberges. In Wahrheit sind Produktion und Finanzwirtschaft nicht voneinander zu trennen. Industrie und Banken sind längst miteinander zum Finanzkapital verschmolzen. Banken und Industriegiganten haben gegenseitig ihre Eigentümerversorger in den Aufsichtsräten sitzen. Diese zählen neben den eigentlichen Eigentümern der Banken und Konzerne zusammen mit den Spitzen der staatlichen Verwaltung zur herrschenden Klasse – der Bourgeoisie. Ständig wechseln Spitzenpolitikerinnen und -politiker in die Chefetagen von Konzernen und umgekehrt.

Es reicht nicht aus, an diesen oder jenen Auswüchsen des Kapitalismus Kritik zu üben. Er muss in seiner Gesamtheit infrage gestellt werden. Wir dürfen nicht nur über die Finanzsphäre reden, denn hier wird der von den arbeitenden Menschen erwirtschaftete Reichtum lediglich umverteilt. Wir müssen unseren Blick dahin richten, wo der Reichtum geschaffen wird: in der Warenproduktion.

Über alle nötigen Kontroll- und Regulierungsvorschläge für den Finanzsektor hinaus ist es notwendig, zur Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln vorzustoßen. (S. 15)

Umfassende Zivilisationskrise

Die Krise, die wir jetzt erleben, ist umfassend. Viele Einzelkrisen wirken ineinander, verstärken sich gegenseitig und haben zu einer umfassenden Zivilisations-

krise geführt. Die milliarden-schweren Bankenrettungspakete haben die Schulden nur verschoben, von den Konzernen zu den Staaten. Um diese Schulden zu tilgen, werden der Sozialabbau und der Druck auf die Löhne weiter erhöht und öffentliches Eigentum privatisiert. Demokratisch gewählte Vertretungen vollziehen willfährig die Vorgaben der wirtschaftlich Mächtigen und verlieren das Vertrauen der Bevölkerung. Wichtige Rohstoffe werden knapp und führen zu einer höheren Kriegsgefahr. Natürliche Ressourcen werden vergeudet und die globale Erwärmung hat unabsehbare Folgen – bis hin zur drohenden Vernichtung der Lebensgrundlage von Mensch und Natur.

Das alles macht es mehr als deutlich: Der Kapitalismus muss überwunden werden. „Sozialismus oder Barbarei“ (Rosa Luxemburg) ist die Frage. Längst sind die Voraussetzungen dafür, dass alle Menschen in Frieden und Wohlstand leben könnten, vorhanden. Aber noch fehlt eine aktionsbereite Mehrheit, die sich zutraut, den Staat und die großen Unternehmen unter ihre eigene demokratische Kontrolle zu stellen. Dafür eine Mehrheit zu organisieren ist die wesentliche Aufgabe einer kommunistischen Partei.

Die Welt im beginnenden 21. Jahrhundert

Noch agieren die USA als Weltmacht Nummer Eins, aber aufstrebende Länder wie Brasilien, Russland, Indien und vor allem China und auch die EU machen den Vereinigten Staaten ihre wirtschaftliche Vormachtstellung streitig. Selbst ein Ende des US-Dollars als Weltleitwährung ist in die Nähe gerückt.

Österreich ist Teil der EU, eines Zweckbündnisses von Nationalstaaten, dominiert von Deutschland und Frankreich. Gemeinsam versuchen sie, den USA immer mehr die Stirn zu bieten. Aber nicht nur mit den USA, auch untereinander, stehen die einzelnen Mitgliedstaaten der EU in harter Konkurrenz. Nichts spricht dafür, dass die EU quasi zu einem eigenen „Nationalstaat“ wird. Die jeweilige herrschende Klasse verzichtet nicht von sich aus auf ihren Nationalstaat, der eine mächtige Schutzfunktion für ihre eigenen Interessen bietet.

Die Freiheit des Kapitals und eine immer stärkere militärische Hochrüstung prägen das Projekt, das uns als „europäische Integration“ schmackhaft gemacht werden soll. Die EU ist aber nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Die EU ist ein Brandbeschleuniger der Krise. Sie kurbelt den Teufelskreis von Sozialabbau und Lohndrückerei an. Sie versucht immer heftiger mit militärischer Gewalt Einflussphären und Rohstoffe zu sichern.

Länder, die perspektivisch einen Ausbruchversuch in Richtung Sozialismus versuchen könnten, müssen die EU verlassen und für ein anderes, friedliches, radikaldemokratisches Europa eintreten. Eine Loslösung von der EU bedeutet nicht nationale Isolierung und Abkoppelung von den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen. Es ist eine

Loslösung und zugleich die Forderung nach wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils. (S. 21)

Diese Art der politischen Zusammenarbeit entfaltet sich gerade in einigen Ländern Lateinamerikas. Dort versuchen Staaten wie Kuba, Venezuela, Bolivien, Ecuador und andere, einen alternativen Entwicklungsweg zu beschreiten.

Unbestritten ist, dass China zum Hauptmotor der Weltwirtschaft geworden ist und die Volksrepublik China Jahr für Jahr Millionen von Menschen aus der Armut führt. Dennoch spitzt sich der Konflikt zwischen Arm und Reich auch dort zu, ist Korruption an der Tagesordnung. China behauptet für sich, die materiellen Grundlagen für einen zukünftigen Sozialismus aufzubauen. Das geschieht teilweise mit kapitalistischen Methoden. Welchen Ausgang die Entwicklung der Volksrepublik China nehmen wird, bleibt offen.

Der Sozialismus. Unser programmatisches Ziel

Die gewaltige Niederlage des sozialistischen Lagers in Europa um 1990 war ein politischer Einschnitt ungeheuren Ausmaßes – Hoffnungen wurden enttäuscht und Fortschrittsperspektiven zerstört. Lässt man die Zeit, die seither vergangen ist, Revue passieren, so wird man objektiv betrachtet feststellen müssen: Alle Versprechen von Demokratie, sozialem Fortschritt, Aufblühen der Wirtschaft und einem Ende von Kriegen, Ausbeutung und Umweltzerstörung haben sich in Luft aufgelöst. Europa, ja die gesamte Welt, ist sozial kälter geworden, mächtige Kapitaleliten schalten und walten nach Herzenslust, selbst Angriffskriege gehören wieder zum politischen Alltag. Die Zerstörung der Umwelt aus reiner Profitgier und die Verelendung weiter Teile der Welt haben fürchterliche Ausmaße angenommen. Seit Ausbruch der aktuellen Krise werden weite Teile Europas von Zuständen geprägt, die wir in der Vergangenheit nur mehr aus der „Dritten Welt“ kannten. Der Kapitalismus hat für den Großteil der Menschheit nichts mehr zu bieten! Wenn die Welt nicht in ein unheilbares Chaos stürzen soll, werden fortschrittliche Kräfte nach sozialistischen Lösungen suchen müssen.

Die KPÖ Steiermark stellt sich dieser Herausforderung. Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der der Mensch und nicht der Profit das Maß aller Dinge ist. Längst ist der von uns allen produzierte Reichtum so gewaltig, dass jeder Mensch in Würde leben könnte. Längst leben wir in einer Epoche, in der objektiv die materiellen Voraussetzungen des Sozialismus herangereift sind. Längst wird weltweit

gesellschaftlich produziert, während die Früchte immer noch privat angeeignet werden.

Wer über den Sozialismus spricht, muss über den untergegangenen „realen Sozialismus“ in Europa Rechenschaft ablegen.

Die Politik des Realsozialismus war teils richtige, teils verfehlte, teils vereitelte Politik. (S. 25)

Gescheiteter „Realsozialismus“

Sie war richtige Politik, in dem sie Millionen von Menschen erstmals soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit, freie Bildung und Gesundheit garantierte. Sie war richtige Politik indem sie den Großgrundbesitz zerschlagen hat sowie Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum überführte und so die wirtschaftliche Macht einer kleinen Minderheit gebrochen hat. Und sie war richtige Politik, in dem sie die Erhaltung des Friedens zum obersten Prinzip ihres Handelns erhob. Sie war verfehlte Politik, in dem sie aus Bürgerkrieg und faschistischem Überfall herrührende Kommandomethoden zum Prinzip der Politik erhob und so eine allseitige demokratische Entwicklung ihrer Gesellschaften unmöglich machte. In der Sowjetunion während der 30er Jahre einsetzende Fehlentwicklungen in der Wahl der Mittel des Klassenkampfes verletzten die sozialistische Gesetzgebung. Sie führten vielfach zu willkürlicher Machtausübung und zur Verfolgung und Vernichtung Andersdenkender. Obwohl mit diesen Verbrechen nach Stalins Tod gebrochen wurde, überlebten vielfältige Deformationen in den gesellschaftlichen Beziehungen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erstarrte und unterlag schließlich im Wettstreit der Systeme. Deshalb war die Politik des Realsozialismus nicht zuletzt vereitelte Politik.

Die sicherste Methode, um den Menschen die Einsicht zu verstellen, dass der Kapitalismus immer mehr menschenverachtende Züge annimmt, ist es, die Ressentiments gegen den Sozialismus und gegen die Kommunistinnen und Kommunisten so auszubauen, dass die Möglichkeit der sozialistischen Alternative an der Mauer des Vorurteils zerschellt. (S.29)

Kommunismus hat es auf unserem Planeten noch nie gegeben. Lediglich einen ersten, aus Krieg und Verzweiflung hervorgegangenen, in Europa gescheiterten, Sozialismusversuch. Kommunismus bleibt wohl für lange Zeit lediglich ein Fernziel am Horizont. Zunächst steht der Sozialismus, als relativ eigenständige Gesellschaftsform, auf der Tagesordnung. Wie eine sozialistische Gesellschaft in Österreich aussehen wird, kann heute nicht in allen Einzelheiten beschrieben werden. Nur so viel ist – auch aus der Geschichte des gescheiterten „Realsozialismus“ – klar: Es wird kein allgemeingültiges Sozialismusmodell mehr geben. Ein neuer Sozialismusversuch kann nur gelingen, wenn die Besonderheiten der jeweiligen Staaten berücksichtigt werden.

Reformen als Berührungspunkte zum sozialistischen Ziel

Einer sozialistischen Gesellschaft werden wahrscheinlich zahlreiche Reformschritte vorausgehen. Reformen, die – im Gegenteil zum heutigen Sprachgebrauch der Herrschenden und ihrer Medien – nicht Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen bedeuten, sondern tatsächliche Verbesserungen ihrer Lebensumstände. Echte Reformen müssen immer der Vorbereitung und Durchsetzung revolutionärer Prozesse dienen; vor allem einem Wechsel an den Eigentumsverhältnissen der wesentlichen materiellen Werte eines Landes, wie Banken, Versicherungen, Schlüsselbetrieben der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge.

Wer glaubt es sei möglich, durch Transformation, also durch Reformen allein zum Sozialismus vorwärts zu schreiten, hat den Kampf um eine sozialistische Alternative aufgegeben. (S. 34)

Sozialismus und Demokratie

Sozialistische Demokratie kann nur eine qualitativ neue Demokratie sein. Sozialistische Demokratie beruht – im Unterschied zur bürgerlichen – nicht auf der Erhaltung und Absicherung der Sonderinteressen einer kleinen Schicht von Eigentümern riesiger Kapital- oder Immobilienvermögen bzw. Konzernen, Banken und Versicherungen sondern dient der Durchsetzung der Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung: gesicherte Arbeitsplätze, von denen man ordentlich leben kann, Bildung und Gesundheit für alle, ohne auf den Geldbeutel zu schauen, Schluss mit dem Zwang, unter noch so verheerenden Bedingungen seine Arbeitskraft zu Markte tragen zu müssen. Macht kann im Sozialismus nur auf der Basis einer Mehrheit der Bevölkerung ausgeübt werden. In einem sozialistischen Österreich werden Kommunistinnen und Kommunisten mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Parteien um die besten Vorschläge beim Aufbau des Sozialismus wetteifern; gegebenenfalls werden auch diese Regierungsverantwortung übernehmen, ohne dabei den Boden des Sozialismus zu verlassen.

Sozialismus und Freiheit

Auch im Sozialismus wird es gesellschaftliche Widersprüche und persönliche Konflikte geben. Neu ist: der Sozialismus befreit die Menschheit von der Ausbeutung. Sozialismus löst den grundlegenden Klassenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Arbeit. Er befreit die Arbeit von den Fesseln des Kapitals und damit vom Ausbeutungsverhältnis. Sozialistische Gesellschaftsgestaltung muss alle von der Ausbeuterzivilisation hervorgebrachten Widersprüche aufheben: die Unterdrückung der Frauen ebenso wie solche zwischen Völkern und Nationen. Ziel unseres Kampfes ist eine Gesellschaftsordnung, in der das Geschlecht oder die Herkunft eines Menschen unwesentlich dafür sind, wie er als

Mensch behandelt wird. Frauen führen einen eigenständigen Frauenkampf gegen Ungleichheiten, Ungleichheiten, die sich fälschlicherweise auf Geschlechterunterschiede berufen, genauso wie sie gemeinsam mit Männern gegen Kapitalismus und Frauenunterdrückung kämpfen.* Die Befreiung des Menschen aus jeglicher Abhängigkeit ist das Ziel des Sozialismus.

Sozialismus und Eigentum

Die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den „großen“ Produktionsmitteln ist die entscheidende Grundvoraussetzung, um den Sozialismus aufzubauen. (S. 31)

In der bürgerlichen Gesellschaft – im Kapitalismus – bringt die Arbeit des Arbeiters und der Arbeiterin mehr hervor, als für den eigenen Lebensunterhalt und den der Familie benötigt wird. Dieses Mehr wird im Marxismus „Mehrwert“ genannt. Diesen Mehrwert eignet sich der Kapitalist, der Eigentümer der Produktionsmittel, an. Das garantiert die bürgerliche Rechtssetzung. Demnach sind alle Ergebnisse der Arbeit Eigentum des Kapitalisten. Nach dem tatsächlichen Sachverhalt ist der Mehrwert jedoch Frucht der Arbeitsleistung der Lohnabhängigen. Anders gesagt: der ursprüngliche Eigentümer eines Wertes, ist sein unmittelbarer Produzent – der Arbeiter oder die Arbeiterin. Die Umsetzung dieser Forderung hat freilich die politische Entmachtung der Kapitalistenklasse zur Voraussetzung. Deshalb fordern wir die Überführung der „großen“ Produktionsmittel in Allgemeingut unter demokratischer Kontrolle. Erst dann wird die Aneignung fremder Arbeitsleistung – im Marxismus „Ausbeutung“ genannt – verunmöglicht.

Sozialismus und Kommunismus

Sozialismus ist nicht frei von Herrschaft. Im Unterschied zum Kapitalismus herrscht nicht eine Minderheit über die Mehrheit, sondern die übergroße Mehrheit der Menschen bestimmt die Geschicke der Gesellschaft. Es gilt das Motto: Jeder gibt nach seinen Fähigkeiten und bekommt nach seinen Leistungen. Im Kapitalismus werden die arbeitenden Menschen nicht nach ihrer tatsächlichen Leistung bezahlt, sondern für den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Auch im Sozialismus gibt es Klassen. Es bleibt die Arbeiterklasse und die Klasse der Bäuerinnen und Bauern. Längere Zeit wird im Sozialismus wahrscheinlich auch privates Eigentum an Produktionsmitteln, wo nicht nur Familienangehörige, sondern auch fremde Arbeitskräfte beschäftigt werden, bestehen bleiben. Freilich: Das wird eine Kapitalistenklasse ohne Großkapital sein, eingebunden in sozialistische Warenproduktion und unterliegend sozialistischen Gesetzen.

* Das aktualisierte Frauenprogramm der KPÖ wird nach Beschluss in den entsprechenden Gremien der KPÖ Steiermark Bestandteil des Landesprogramms

Kommunismus nennen wir eine klassenlose, gänzlich ausbeutungsfreie und herrschaftslose Gesellschaft, wie sie noch nie existiert hat. Die Menschen leben nach dem Prinzip: Jeder gibt nach seinen Fähigkeiten und bekommt nach seinen Bedürfnissen. Das wird möglich, weil das Schöpferum der Menschen voll entwickelt sein wird. Im Kommunismus verschwinden Klassen und soziale Unterschiede. Es bleiben lediglich die natürlichen Verschiedenheiten der Menschen. Einer ist begabt für Kunst, andere für handwerkliche Tätigkeiten. Es bleiben, wie es Karl Marx genannt hat, die „natürlichen Privilegien“. Erst die kommunistische Gesellschaft ist die unumgängliche Voraussetzung um diese „natürlichen Privilegien“ entfalten zu können. Der Übergang zu einer solchen kommunistischen Gesellschaft wird vermutlich Jahrhunderte dauern.

Mittelfristige Reformalternativen. Berührungspunkte zum sozialistischen Ziel

Für einen progressiven Sozialstaat!

Ein unmittelbarer Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft steht nicht auf der Tagesordnung. Kurz- und mittelfristig geht es darum, den Sozial- und Bildungsabbau zu stoppen, Teuerung und Lohnkürzungen einzudämmen. Die große Mehrheit der Menschen braucht eine völlig andere Gesellschaft, eine Gesellschaft in der nicht der Profit regiert, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Arbeit für alle und existenzsichernder Lohn sind nur möglich, wenn die Diktatur des Kapitals im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben beendet wird. Das geht nur, wenn der Kampf um radikaldemokratische Reformen eingebettet wird in das Ringen um soziale Umgestaltung und für die Entwicklung der Demokratie über den bürgerlichen kapitalistischen Horizont hinaus. Wir brauchen eine Wirtschaft, die gute Arbeitsplätze bereitstellt, die in Bildung und Gesundheit investiert und für soziale Sicherheit sorgt. Kurz: wir brauchen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der nicht das Kapital, sondern der Mensch regiert!

Dieses mittelfristige Ziel nennen wir „Progressiver Sozialstaat“. Er schafft Spielraum für echte Umverteilung von oben nach unten, für Reformen, die der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommen.

Ein solcher sozialer Fortschritt würde wohl schnell die Gegenwehr der Herr-

schenden nach sich ziehen – national, aber vor allem von Seiten der EU. Deshalb müssen die Nationalstaaten politischen und sozialen Handlungsspielraum zurückgewinnen. Das ist mit einer Mitgliedschaft in der EU unvereinbar.

Mit „nationaler Borniertheit“ oder „Engstirnigkeit“ haben diese Forderungen nichts zu tun, ganz im Gegenteil! Wir treten für einen Internationalismus von unten ein, für eine Zusammenarbeit von Nationalstaaten auf Augenhöhe und von gegenseitigem Nutzen. Wir lehnen die Unterordnung kleiner Länder unter die führenden Mächte ab.

Aus kommunistischer Sicht steht also nicht die „Abschaffung“ des Nationalstaates auf der Tagesordnung, sondern die Umformung vom Staat des Monopolkapitalismus in einen progressiven Sozialstaat, der, wenn er auf Dauer bestehen will, Schritte in Richtung Sozialismus machen muss. (S. 45)

Widerstand organisieren – Gegenmacht aufbauen!

Der Weg aus der Krise hin zu einem progressiven Sozialstaat muss sich an folgender Grundlinie orientieren:

- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.
- Die Finanzspekulation muss beendet werden – vordringlich die mit Lebensmitteln, Wasser und Energie.
- Massive Erhöhung der Löhne und Gehälter.
- Radikale Arbeitszeitverkürzung bei ollem Lohn- und Personalausgleich statt prekärer Beschäftigung.
- Einführung eines Mindeststundenlohnes als erster Schritt zur Trockenlegung des Niedriglohnssektors.
- Banken, Versicherungen und die Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand und müssen demokratischer Kontrolle unterliegen.

Ein progressiver Sozialstaat kann nur erreicht werden, wenn die arbeitenden Menschen in Bewegung kommen, auf allen Ebenen Widerstand entfalten und Gegenmacht aufbauen.

Den Weg für eine solidarische Gesellschaft zu öffnen, hängt somit vom konsequenten Widerstand im Parlament, in den Landtagen und Gemeindestuben, in Betriebsräten, in der Hochschülerschaft oder in der Arbeiterkammer ab; überall organisieren Kommunistinnen und Kommunisten Widerstand gegen Sozialabbau und gegen Verschlechterungen, die Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Pensionistinnen und Pensionisten, Arbeitslose, Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten treffen. Sie treten für Verbesserungen im Leben der arbeitenden Menschen ein und organisieren damit Gegenmacht zum kapitalistischen System. Kommunistinnen und Kommunisten bemühen sich den parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf zu koordinieren. Kom-

unistinnen und Kommunisten treten dafür ein, den in der Verfassung gar nicht vorgesehenen Einfluss des Großkapitals auf Gesetzgebung und Verwaltung, auf das politische und geistige Leben der Gesellschaft zurückzudrängen.

Das sehen wir als unsere zentrale Aufgabe. Jeder wirklich nachhaltige Erfolg im Ringen um Verbesserungen setzt den Wechsel von Macht und Eigentum an großen Unternehmungen, Banken und Großgrundbesitz voraus. Wer die Macht- und Eigentumsfrage nicht stellt, akzeptiert den Kapitalismus als letzte Antwort der Geschichte.

Moderne Arbeiterklasse

Obwohl die heutige Arbeitswelt sehr differenziert ist und sich ständig wandelt – Zunahme der Leiharbeit, Ausweitung des schlecht bezahlten Dienstleistungssektors, Scheinselbstständigkeit – bilden auch heute noch die Beschäftigten in der Industrie, in der Energiewirtschaft, im Verkehr-, Transport- und Kommunikationswesen den Kern der Arbeiterklasse: Dort ist immer noch der höchste Organisationsgrad vorhanden und die ökonomische Macht der Arbeiterklasse am größten. Deshalb bemüht sich die KPÖ besonders in diesem Bereich um politische Verankerung. Die Arbeiterklasse ist objektiv die Trägerin des historischen Fortschritts. Ihr Interesse, frei von Ausbeutung und Unterdrückung zu sein, fällt zusammen mit dem allgemein menschlichen Interesse.

Als Kommunistinnen und Kommunisten halten wir am Marxismus fest. Er ist nicht nur Werkzeug zur Analyse der Welt, sondern auch Anleitung zu ihrer Veränderung. Die KPÖ ist eine marxistische Partei der Arbeiterklasse.

Die Rolle der Kommunistischen Partei

Im Ringen für eine soziale und demokratische Entwicklung kommt der Kommunistischen Partei eine besondere Rolle zu. Sie muss politische Klarheit vermitteln und dafür wirken, dass das Ziel der Überwindung des Kapitalismus nicht aus den Augen verloren wird. Unterschiedliche Interessenslagen verschiedener Gruppen können die Bewegung ebenso lähmen wie Versuche der Spaltung und Korruption durch die Herrschenden. Schon im Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels heißt es:

„Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“

Dabei dürfen die Kommunistinnen und Kommunisten nicht in Besserwisseri oder Überheblichkeit verfallen, sondern wirken möglichst uneigennützig und vorbildhaft in Betrieben, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und den Gremien, in die sie gewählt werden.

An der Basis aktiv

Kommunistinnen und Kommunisten versuchen, in ihrem direkten Lebensumfeld für bessere Bedingungen aktiv zu werden: in den Betrieben und Gewerkschaften, in den Schulen und Universitäten, in sozialen und Umweltbewegungen.

Brennpunkte der gesellschaftlichen Widersprüche sind neben den Betrieben die Gemeinden. Hier sind die Menschen unmittelbar mit den Auswirkungen der Kürzungen, der Privatisierung und der Teuerung betroffen. Darum versucht die steirische KPÖ – nunmehr seit Jahrzehnten erfolgreich – Sand im Getriebe der Herrschenden zu sein und Alternativen aufzuzeigen. Der Vereinzelung und Manipulation der Menschen durch die mediale Bewusstseinsindustrie, durch Konsumwahn und Lifestyle-Ideologien, durch Spaltung der Gesellschaft und den Aufbau von falschen Feindbildern, halten Kommunistinnen und Kommunisten ein solidarisches Miteinander, den gemeinsamen Kampf um bessere Lebensumstände entgegen.

Wo Kommunistinnen und Kommunisten vor Ort aktiv und verlässlich sind, genießen sie bei den Menschen hohes Ansehen – auch weil sie zeigen, dass es anders geht.

Die steirische KPÖ will eine nützliche Partei für das tägliche Leben und die großen Ziele der Arbeiterbewegung sein.

Grundsätze unseres Wirkens als Kommunistinnen und Kommunisten

Humanismus als oberstes Prinzip

Kommunistinnen und Kommunisten leben und handeln in der Überzeugung, dass die Menschen imstande sind, in Solidarität miteinander zu leben. Sie sind einem kämpferischen Humanismus verpflichtet: Eintreten im eigenen Land und international für Menschenwürde, für Frieden und Völkerverständigung ist oberster Grundsatz ihres Wirkens.

Frieden und Internationalismus

Kommunistinnen und Kommunisten sind Internationalistinnen und Internationalisten. Sie verknüpfen ihr Wirken im nationalstaatlichen Rahmen mit dem Internationalen Kampf gegen den Imperialismus. Sie sind solidarisch mit allen fortschrittlichen Kräften der Welt, die gleichfalls für einen selbstbestimmten Entwicklungsweg eintreten. Sie betrachten das Eintreten für Frieden und für eine demokratische und soziale Weltordnung als ihr wichtigstes Anliegen.

Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte

Kommunistinnen und Kommunisten engagieren sich für eine umfassende Zusammenarbeit aller antiimperialistischen und sozialistischen Kräfte auf der Basis von Freiwilligkeit und gegenseitigem Respekt. Die steirische KPÖ setzt sich mit ganzer Kraft für ein Zusammenwirken und für eine Stärkung aller marxistischen Kräfte ein. Vor allem im entschlossenen und gemeinsamen Widerstand gegen die antisoziale, umweltzerstörende und großmachtorientierte Politik der Herrschenden sowie im Eintreten um grundlegende politische und soziale Verbesserungen müssen sie zusammenfinden.

Bewahrung unserer Erfahrungen und Traditionen

Kommunistisches Engagement speist sich aus vielen Quellen. Als Marxistinnen und Marxisten sind wir besonders dem Erbe der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus – Marx, Engels und Lenin – verpflichtet, ebenso wie dem Vermächtnis anderer marxistischer Denkerinnen und Denker und Revolutionärinnen und Revolutionären der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung.

Entwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen der kommunistischen Bewegung

Kommunistische Bewegung bedarf einer auf dem Marxismus fußenden Theorie. Die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit den sozialen, ökologischen und politischen Bewegungen, die Verbreitung unserer Anschauungen gegen den herrschenden Zeitgeist sind entscheidende Grunderfordernisse und Ansprüche an unser Handeln.

